

Über die Wirkungen der Verhältnisse nachzu-denken — kurz, einen tieferen Einblick in die gesellschaftlichen Erscheinungen zu gewinnen — dieses Vermögen muß erworben werden als Teil des allgemeinen Arbeitsvermögens, und dazu dient eben die Schule. Daher treten wir Sozialdemokraten doch alle für gute Schulen ein, und daher andererseits widersehen sich so hartnäckig unsere Herrschenden einer besseren Schule. In England widersteht sich das Bürgertum 60 Jahre hindurch der Einführung der allgemeinen öffentlichen Schule und dem allgemeinen obligatorischen Unterricht. Es mußte darin endlich nachgeben, weil die auswärtige Konkurrenz und die Erteilung des Wahlrechts an die großen Schichten der arbeitenden Bevölkerung dazu drängten. Aber auch so wollte es sich nur mit dem absoluten Minimum begnügen, und dieses Minimum verquidete es außerdem mit religiösen Dogmen. Die Forderungen des Lebens aber überwand allmählich den Widerstand der herrschenden Klassen, und so ist endlich nach 40 Jahren ein neuer Typ des Arbeiters ausgebildet worden, der nicht mehr, wie früher, nur durch die Elementargewalt des ökonomischen Drucks getrieben, sondern wohl auch vom eigenen und geschulten Bewußtsein in seinem Kampfe um Freiheit und Glück geleitet wird.

12. Verbandstag des Schneiderverbands.

r. Köln, 16. August.
Fünftes Verhandlungstag. Abendigung.
In der Abendigung am Freitag wurde das Referat des Kollegen Straßing über das Reichsgesetz über die Privatbeamtenversicherung entgegengenommen.
Einleitend gibt der Referent ein Bild über die Vorgeschichte dieses neuen Gliedes in der sozialpolitischen Gesetzgebung. Der Streit der Meinungen um die Frage, wer versicherungspflichtig im Sinne dieses Gesetzes sei, sei bereits entbrannt. Für die Gewerkschaften sei die Frage, wer von ihren Angestellten der Versicherungspflicht unterliege, von großer Bedeutung. Für die Angestellten in leitender Stellung sei die Frage gelöst, nicht aber ohne weiteres bei den Beitragskassierern und einem Teil der Bureaubeamten. Der Referent ist jedoch der Ansicht, daß auch diese Angestellten der Versicherungspflicht unterliegen, da von einer rein mechanischen Arbeit auch bei diesen Angestellten nicht die Rede sein könnte.
Der Verbandstag beschließt: „Für alle Angestellten des Verbandes, welche nach Inkrafttreten des Versicherungsgesetzes für Angestellte der Versicherungspflicht unterliegen, übernimmt der Verband die Zahlung der vollen Versicherungsprämie unter der Bedingung, daß die Angestellten der Unterstützungvereinigung angehören und die zu dieser Unterstützungseinrichtung zu zahlenden Beiträge aus eigenen Mitteln bestreiten. Angestellte des Verbandes, welche nicht der Versicherungspflicht unterliegen, sind verpflichtet, der Unterstützungvereinigung anzugehören bzw. beizutreten. Die Versicherungsbeiträge werden in voller Höhe vom Verband bezahlt.“
Dann referierte der Vorsitzende Stühmer über den internationalen Sozialistkongress im Jahre 1913. Gleichzeitig soll im selben Jahr in Wien der internationale Schneidertag, der eigentlich bereits in diesem Jahre hätte stattfinden müssen, abgehalten werden. Durch Jura werden die Kollegen Stühmer und Sabath als Delegierte für beide Kongresse, durch Stimmzettel Künze, Berlin und Julius, Köln für den Schneidertag gewählt.

19. Jahresversammlung des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen.

k. Köln, den 18. August 1912.
(Vorversammlung.)
Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, der morgen im Städtischen „Girgenich“ zu Köln seine Verhandlungen beginnt, hielt bereits heute abend in demselben Lokale seine konstituierende Vorversammlung ab. Dem Verbande gehören 411 Ortskrankenkassen an, von denen 380 mit einer Mitgliederzahl von 4.132.780 durch weit über 800 Delegierte auf der diesmaligen Jahresversammlung vertreten sind. Der Verbandsvorsitzende Frähdorf, Dresden eröffnet die Versammlung mit einer Begrüßung der Delegierten und der Mitteilung, daß es sich für die Vorversammlung nur um die Konstituierung, Festlegung der Tagesordnung und Entgegennahme von geschäftlichen Mitteilungen handelt. Die vom Verbandsvorsitzenden vorgeschlagenen Maßnahmen werden debattiert angenommen. Es erfolgt dann die Konstituierung der Versammlung. Außer dem Verbandsvorsitzenden Frähdorf, der auf Grund der Satzungen als Vorsitzender fungiert, werden noch als Vorsitzende mit gleichen Rechten Joller, Köln und Wittl, München bestimmt. Als Schriftführer werden Preuß, Hamburg, Hoch, Karlsruhe, Heider, Magdeburg und Stahl, Berlin gewählt. Damit hat sich die Jahresversammlung konstituiert. Die vorliegende Tagesordnung wird gleichfalls angenommen. Sie lautet: 1. Bericht der geschäftsführenden Kasse. 2. Vortrag über: Gewerkschaften und Reichsversicherungsordnung (Ref. Dr. med. Panauer, Frankfurt a. M.). 3. Einhebung der Beiträge für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung durch die Krankenkassen (Ref. Eichstädt, Weimar). 4. Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten (Ref. Fraehle, Köln). 5. Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Apothekern (Ref. Apotheker Staller, Charlottenburg). 6. Zentralisation der Krankenkassen (Ref. Brandes, Magdeburg). 7. Das Versicherungsgesetz für Angestellte (Ref. Justizrat Dr. Maier, Frankfurt a. M.). 8. Das Dienstverhältnis und die Dienstordnung der Angestellten der Krankenkassen (Ref. Graf, Frankfurt a. M.). 9. Praktische Verwaltungsfragen. Nach Entgegennahme einiger geschäftlicher Mitteilungen sind damit die Aufgaben der Vorversammlung erledigt.

Gewerkschaftsbewegung.

München-Gladbacher „Christen“ als Agitatoren für Unternehmerorganisationen.
Auch den „Christen“ steigt die rote Flut am Hals hinauf, weshalb sie die verzweifeltsten Sprünge riskieren, ihr zu entkommen. So behandelt die in München-Gladbach erscheinende Westdeutsche Landeszeitung in einem Artikel: Die Organisation der deutschen Arbeit, den Stand der Unternehmer-, Angestellten- und Arbeiterorganisationen Deutschlands, in dem auf eine Bemerkung des Korrespondenzblattes der Generalkommission Bezug genommen wird, daß die Praxis der Tarifverträge zur Vereinfachung und Vereinheitlichung der Arbeiterorganisationen in Deutschland führen werde. Davon anknapfend meint das München-Gladbacher Papier, daß damit aufs neue die Ausschaltung der nichtfreien Gewerkschaften und die Eroberung des Arbeitsmarktes für die Sozialdemokratie proklamiert sei. Gegen diese vermeintliche Gefahr rufe das Blatt die Unternehmerorganisation zur Hilfe; es schreibt:
„Diesen Monopolisierungsbestrebungen gegenüber gilt es, die Arbeiterorganisationen zu stärken, namentlich sollten sich die kleineren und mittleren Arbeitgeber mehr und mehr den Arbeitgeberverbänden anschließen. Das zweite Mittel, die sozialdemokratischen Monopolisierungsabsichten zu durchkreuzen, ist die Stärkung vor allem der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und zwar in dem Maße, daß sie bei den Tarifverträgen seitens der Sozialdemokratie einfach nicht mehr beiseitegeschoben werden kann. Nur durch die bewußte und nach jeder Richtung hin durchgeführte Anwendung

bieser beiden Mittel wird es gelingen, dem sozialdemokratischen Terrorismus im deutschen Wirtschaftsleben ein Paroli zu bieten und die deutsche Volkswirtschaft vor den zweifelhaften Experimentierkünsten und politischen Aspirationen (Waffenstreik) der Sozialdemokratie und ihrer Gewerkschaftsbewegung zu bewahren.“

Scharfmacher und „Christen“ Arm in Arm! Ein liebliches Bild, und doch kein neues. Ihrem innersten Wesen nach sind die braven Christen ja nichts anderes — und sollten nie etwas anderes sein — als getreue Stützen des Ausbeutertums gegen den „Unsturz“, das heißt gegen die aufstrebende Arbeiterkraft. Wenn sie ihre innige Zusammengehörigkeit jetzt auch so offen dokumentieren, kann es uns nur recht sein.

Leipzig und Umgebung.

Arbeiterfeindliche Fleischermesse.

Arbeiter, namentlich sozialdemokratische, scheinen dem Fleischermeister Kleppel, Karlstraße 4, schwer im Magen zu liegen. Nachdem Herr Kleppel nämlich erfahren hatte, daß seine Gefellen auch dem verhassten Zentralverband der Fleischer angehören, schrieb er sie an: „Psut, Sie sind Sozialdemokrat? Sie können gleich gehen! Wir sind noch Herr im Hause!“ — Doch als der Gefelle erst fragte, wie es denn mit der Entschädigung stehe, da konnte er erst noch seine Rindigung abarbeiten. Die Fleischermesse besorgen also doch nicht so ohne weiteres das Gebot der Innung, die Gefellen ohne Rindigung sofort zu entlassen. Da Herr Kleppel jedoch auch Lieferant für die Arbeiterkantine ist und auch noch an Arbeiterkantine liefert, dürfte es nicht schwer fallen, ihm klar zu machen, was das „Psut“ über Sozialdemokraten zu bedeuten hat.

Auch von dem Hoflieferanten Häbner, Grünmaltsche Straße, wurden die Gefellen veranlaßt, aus der Organisation auszutreten. Dieser Herr hatte der Innung noch mitgeteilt, wer von seinen Gefellen dem Verbanne angehört. Infolgedessen wurden der Entlassene und noch weitere Verbandsmitglieder vom dem Sprechmeister der Innung aufgefordert, das Lokal zu verlassen, weil sie Verbandsmitglieder seien. Der Innungsarbeitsnachweis hat somit aufgehört, der Arbeitsnachweis für das Fleischerhandwerk zu sein, er ist nur für Geisse da.

Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands.

Deutsches Reich.

Streik in der Kartonnagenindustrie in Annaberg-Buchholz-Schma.

Am Sonnabend den 17. August legten in der Mehrzahl der Betriebe die Kartonnagenarbeiter gemauert die Arbeit nieder, weil die Fabrikanten trotz mehrmaliger Verhandlungen den Affordarbeltern keine zufriedenstellenden Zugeständnisse machten. Die Fabrikanten wollen wie im Jahre 1907 auf die schlechtesten Muster eine entsprechende Erhöhung eintreten lassen. Die Affordarbelter haben aber 1907 mit diesem Versprechen so schlechte Erfahrungen gemacht, daß sie diesmal darauf nicht eingehen wollen, sie verlangen eine prozentuale Erhöhung der Löhne oder Garantielöhne. Bemerkenswert ist, daß die Ausarbeitung eines Affordarbelts bei den Tausenden von Mustern auf sehr große Schwierigkeiten stößt. Die Löhne der Affordarbelter sind weit schlechter als die der im Lohn beschäftigten, sie betragen zum Teil unter 20 Mk. pro Woche. Daß die Löhne zu niedrig sind, sehen schließlich auch die Fabrikanten ein. Um sie höher erscheinen zu lassen, verließen die Unternehmer auf einen sonderbaren Berechnungsmodus: sie berechnen die jährlichen Arbeitstage, dividieren sie durch 6, bekommen dann 48 Wochen heraus und schließlich Löhne von 29 Mk. und mehr, wobei noch die circa 100 Ueberstunden eingerechnet sind, während das Jahr zu 52 Wochen gerechnet nur 20,08 Mk. herauskommen.

Einige Betriebe haben Fiskalen in Oberwiesental, auf die sich der Streik ausdehnen wird, weil dort den Arbeitern zugewiesene Streikarbeit von diesen abgelehnt werden wird. Bezug von Kartonnagenarbeitern ist zu vermeiden.

Lohnbewegungen in der Brauindustrie.

Mit dem Verein der Brauereien von Chemnitz und Umgebung wurde ein neuer Tarif auf vier Jahre abgeschlossen. Die wichtigsten Erfolge sind: Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden, in den Kleinbetrieben im Sommerhalbjahr auf 9½ Stunden, Regelung der Arbeitszeit des Fahrpersonals, Lohnzulagen von 1 Mk. bis 3,50 Mk. pro Woche; teilweise, sind noch weitere Lohnzulagen vorgesehen. In Betracht kommen bei dieser Lohnbewegung 12 Betriebe und 590 Personen. Weiter wurde die Lohnbewegung in Halle und Umgebung beendet. Durch den dann abgeschlossenen Tarifvertrag wurde eine Arbeitszeitverkürzung um eine halbe Stunde pro Tag erreicht, Lohnerhöhungen von 1 bis 3 Mk. pro Woche, bessere Bezahlung der Ueberstunden und der Sonntagsarbeit, volle Bezahlung für Bierausfahrten an Sonntagen, Verbesserung des Urlaubs usw. In Betracht kommen 8 Betriebe mit 440 Personen. In Freiberg i. S. endete die eingeleitete Lohnbewegung mit einem Tarifabschluss mit den beiden Brauereien. Erreicht wurden Lohnerhöhungen von 1,75 bis 4 Mk. pro Woche, Arbeitszeitverkürzung von einer Viertel-, einer halben und einer ganzen Stunde pro Tag, Urlaub bis zu sechs Arbeitstagen ohne Lohnabzug, Entschädigung des nicht getrunkenen Freibieres und noch mehrere Verbesserungen. Einen erfolgreichen Streik hatten nach dreitägiger Dauer die Mälzerarbeiter bei der Großfirma Brenne in Anna geführt. Der auf drei Jahre abgeschlossene Vertrag bringt unter anderem Lohnerhöhungen von 1,20 Mk. bis 3 Mk. pro Woche. Sämtliche Streikenden wurden sofort wieder eingestellt.

Die Berliner Holzbildhauer beschäftigten sich in zwei Versammlungen, deren letzte am Freitag stattfand, mit der Frage, in welcher Weise die zurzeit herrschende sehr günstige Konjunktur im Interesse der Kollegen ausgenutzt werden könne. Die Meinungen der Redner waren geteilt. Die einen wünschten, daß eine Lohnerhöhung erstrebt werde, während die andern eine Verkürzung der Arbeitszeit für notwendig hielten. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, welcher besagt, daß weitere Schritte zur Erringung des Achtstundentages getan werden sollen. Diese Forderung soll nunmehr propagiert werden.

Lohnbewegung der Malinshöher. Die im Transportarbeiterverband, Mitgliedschaft Binnenschiffer und Fischer, organisierten Malinshöher stehen in einer Lohnbewegung. Sie fordern eine Erhöhung der Löhne um durchschnittlich 4 Mk. pro Woche, Regelung der Arbeitszeit auf den Stempelplätzen und auf der Fahrt, Herabminderung der festgesetzten Fahrtdauer um einen Tag sowie die Innehaltung der strompolizeilichen Vorschriften während der Fahrt.

Ausland.

Das Resultat des französischen Seemannsstreiks.
Nach 55 Tagen hartem Widerstande haben die Seeleute der Westküste die Arbeitsaufnahme beschließen müssen, nachdem auch die Entsendung einer großen Delegation zu den Ministern nichts gefruchtet. Nur in Marseille geht der Kampf weiter.

Generalstreik in Rom.

Rom, 19. August. Heute nachmittags 3 Uhr ist der Generalstreik in Rom ausgebrochen als Protest gegen die Reorganisation des Hospitaldienstes durch einen königlichen Kommissar. Die Abendblätter erschienen bereits gegen 4 Uhr nachmittags, um den Sezern die Teilnahme an dem allgemeinen Demonstrationenzug durch die Stadt zu gestalten.

Organisation der Wäschfrauen in Oesterreich. In Oesterreich besteht seit Jahren eine Organisation der Wäschfrauen, Arbeiterinnen usw. In Wien und den größeren Städten der Provinzen hat sie ihre Abteilungen. Die Vereinigung umfaßt 1400 Mitglieder. Sie hat als Fachorganisation schwer zu kämpfen und wird deshalb jetzt im Verein mit der Dienstbotenorganisation ein gemeinschaftliches Blatt herausgeben.

Aus der Umgebung.

Eine Entgegnung der Eisenburger Zeitung.

Das Eisenburger Reichsverbandsblättchen, die Eisenburger Zeitung, die noch von der Ausperrung im Frühjahr her wegen ihrer skrupellosen Beschimpfung der organisierten Arbeiterkraft in herächtigteten Andenken steht, ist einmal aus der Rolle gefallen. Fast unausgesehen, und ganz besonders während der letzten Wahlkampagne, versuchte das „edle“ Organ den Nachweis zu erbringen, daß die sozialdemokratischen Forderungen ganz sinnlos und in Deutschland ganz überflüssig seien, da hier alles am besten bestellt sei. In der Hand des Reichsverbandsmaterials wurde dem gläubigen Leser vorgelesen, daß in der Sozialreform in Deutschland absolut nichts mehr zu tun sei, daß eher zu viel als zu wenig getan worden sei. Und nun passiert es dem Redakteur in einem unbewachten Augenblick, daß er einen Artikel ausnimmt, der all das zu Schanden macht, was das Blättchen seinen Lesern täglich als laute Wahrheit servierte.

In einem Artikel in der Sonntagsnummer, „Nationales Selbstvertrauen“, wird auseinandergesetzt, daß man in Deutschland keine Ursache habe, sich wegen des Geburtenrückgangs Sorge zu machen, da man diesem Uebelstand abhelfen könne durch — gesteigerte Sozialreform. Ja noch mehr. Es wird entgegen den sonstigen Behauptungen der Nachweis erbracht, daß Deutschland auf dem Gebiete der Sozialreform nicht allenthalben an der Spitze der Nationen steht.

Was hier erreichbar ist, lehrt uns England, wo auf 10 000 Einwohner jährlich nur 145 Todesfälle kommen — in Deutschland 1711 — lehrt uns die Niederlande und Schweden mit nur 137 Todesfällen, Norwegen mit 135 und Dänemark mit 133. Was diese germanischen Völker in Erweiterung der Lebensgrenzen geleistet haben, kann für uns Deutsche nicht unerreichbar sein.“ Weiter heißt es:

„Indessen ist der Kampf gegen die Sterbeziffern nur die eine Seite der Möglichkeiten weiteren Volkswachstums. Die andere Seite heißt: Schaffung besserer Lebensumstände, Verhältnisse für das nachwachsende Geschlecht. Wieviel ist in dieser Hinsicht noch zu erreichen! Nicht der langsame Geburtenrückgang, sondern die Ungunst der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, das großstädtische Wohnungsseind, die moderne Erwerbstätigkeit sind die schlimmsten Feinde unserer wachsenden Volkskraft.“

Und schließlich wird auch ein Weg zum Besseren gezeigt: „Hygienische Aufklärung, gesteigerte Sozialreform, verschärfte Wohnungsreform, umfassende gesetzliche und private Fürsorgetätigkeit und — last not least — fortschreitende Volksbildung. Das sind die großen Mittel im Kampf um das Volkswachstum und damit um die nationale Zukunft Deutschlands.“

Das wird aber den kleinen Kläffern des Reichsverbandes in Eisenburg nicht abfallen, mit der größten Beharrlichkeit alle „die großen Mittel im Kampfe um die nationale Zukunft Deutschlands“ wieder in Grund und Boden zu verdonnern, genau so, wie er das bisher getan hat. Auf das Kommando seiner Auftraggeber wird er sofort einschwenken und mit der größten Sicherheit den Nachweis bringen, daß Schulreform und Volksbildung die ärgsten Hindernisse für die nationale Zukunft Deutschlands seien, weil sie die „sozialdemokratische Verheugung“ fördern. Den etwas schwerfälligen Lesern der Eisenburger Zeitung wird das kaum groß auffallen. Die Eisenburger Arbeiterkraft aber weiß, wie sie den „unparteiischen Anzeiger für Stadt und Land“ einzuschlagen hat.

Tausa. In der Stadtgemeinderatsitzung am 16. August gab der Rat bekannt, daß er eine Polizeiverordnung erlassen hat, in der das Fußballspielen auf öffentlichen Plätzen und Straßen bei Strafe verboten ist; ferner, daß der Polizeiregistrator Schneider als stellvertretender Vorsitzender in dem zu errichtenden Versicherungsamt für Tausa zugelassen wurde. Als Beratungsgegenstand stand das oft angekündigte Milchregulativ auf der Tagesordnung. Es wurde in der vorgelegten Fassung einstimmig angenommen mit der Aufforderung an den Rat, daß die Unternehmungen in möglichst kurzen Zwischenräumen erfolgen. Es sind darin Bestimmungen enthalten, die die Unternehmung der Butter nach Gewicht und Qualität regeln. In der hierauf folgenden nichtöffentlichen Sitzung wurde der Pächter, nachdem sich alle Pächter mit Ausnahme von drei für Einführung der Wasserleitung in die Gärten im Friedhof erklärt haben, auf 8 Pfg. pro Quadratmeter für die ersten sechs Jahre festgelegt. Die Vermietung einer Wohnung im Hause der Kleinrentenverwaltung wurde auf mehrseitigen Wunsch und wegen Bedenken gegen die betreffenden Mieter rückgängig gemacht. Eine Kaufsache wurde wegen zu hoher Forderungen abgelehnt. Die Einweisung des neuen Bürgermeisters erfolgt am 2. oder 3. September. Der Rat schlägt vor, die Feler in der Weise zu veranlassen, daß nach der Einweisung im Rathaus ein Festmahl oder ein Frühstück im Schützenhaus stattfindet. Die Kosten fallen natürlich der Stadtlast zur Last. Unsere Genossen wendeten sich dagegen. Sie halten sich nicht für berechtigt, auf Kosten der Steuerzahler Feste zu veranstalten, zumal das letzte derartige Fest bei Gelegenheit der Einführung der revidierten Städteordnung circa 500 Mk. kostete. Auf Antrag unserer Genossen erfolgt getrennte Abstimmung, erstens darüber, ob der Sitzungssaal entsprechend dekoriert wird, zweitens über die Feler im Schützenhaus. Ersteres wurde einstimmig angenommen, letzteres gegen die vier Stimmen unserer Genossen.

Deßa. Gemeinderatsitzung vom 18. August. Der Gemeindevorstand zur Errichtung einer höheren Schule für die südlichen Vororte hat die Befähigung durch die Amtshauptmannschaft gefunden. — Die Landesversicherungsanstalt teilt mit, daß sie von einer Versicherung der Gemeindebeamten im Leipziger Gemeindeversicherungsverband vorläufig absehe, da Verhandlungen zwischen beiden Verbänden über die Beitragsart in die Wege geleitet seien. — Durch das hygienische Institut hat eine Untersuchung des Wassers aus der Wasserleitung stattgefunden. Danach ist das Wasser nicht nur frei von Eisen, es wird nach dem Gutachten überhaupt als ein vorzügliches Wirtschaftswasser bezeichnet. — Die Gemeinde Gauß fragte an, ob und unter welchen Bedingungen Gauß nach Ablauf seines Vertrags am 31. Dezember 1914 Wasser von Deßa erhalten könnte. Diese Angelegenheit wurde dem Ausschuss zur Vorberatung überwiesen, der sich auch mit dem Stande des Wasserwerks nach Einführung der Wasserzähler sowie mit einer Eingabe des Gemeindevorstandes Schuster hierzu zu beschäftigen hat. Unserer Meinung nach kann der Ausschuss nur eine Befriedigung aussprechen über das Resultat nach Einführung der Wasserzähler. Nicht nur, daß eine Gesundung der Wasserwerkstätte eintreten wird, es ist auch eine große Ungerechtigkeit beseitigt worden. Darauf haben wir des öfteren hingewiesen, daß die Deßcher Pauschalberechnung die Reichen, insbesondere die Altembecker entlastete, auf Kosten der Meier resp. Miethausbesitzer. Und nun das Resultat? Drei Fünftel Grundstücksbesitzer müßten jetzt weniger Wasserzähler bezahlen, hingegen zwei Fünftel mehr, sogar bedeutend mehr; 3. U. früher 75 Mk. Pauschale pro Vierteljahr, jetzt im ersten Vierteljahr 210 Mk. Ist dieses ja auch der schlimmste Fall, so beweist er, wie recht wir mit der Bekämpfung der Deßcher Pauschalberechnung hatten. Trotz dieses vorauszu sehenden Resultats sind einige Grundstücksbesitzer ihrer Gepflogenheit treu geblieben,